

Der Bund der Filmbüros schließt sich der Protestnote der AG Dok an

Wir teilen die Sorge um die Freiheit der Kunst. Filmfestivals sollen als Ort künstlerischer Auseinandersetzung und gesellschaftlicher Debatte frei und geschützt sein. Aussagen von Filmschaffenden als Gäste eines Festivals dürfen nicht automatisch als Meinung des Festivals angesehen werden.

Der Bund der Filmbüros schließt sich der Protestnote in allen Punkten an:

AG DOK Protestnote von Dokumentarfilmschaffenden zur Debatte um die Berlinale-Leitung und die Freiheit der Meinung und Kunst

Berlin, 25. Februar 2026 Mit großer Sorge verfolgen wir als Dokumentarfilmschaffende die jüngsten öffentlichen Äußerungen von Kulturstatsminister Wolfram Weimer zur Zukunft der Berlinale-Leitung. Anlass hierfür sollen politische Statements während der Preisverleihung der Berlinale gewesen sein. Wir sehen darin ein alarmierendes Signal für das Verhältnis von Politik, Kultur und öffentlicher Meinungsfreiheit.

Die Berlinale war stets ein Ort künstlerischer Auseinandersetzung, gesellschaftlicher Debatte und demokratischer Vielfalt. Film – insbesondere der Dokumentarfilm – lebt davon, politische Wirklichkeiten zu reflektieren, zu hinterfragen und sichtbar zu machen. Wenn politische Reaktionen auf inhaltliche Äußerungen von Filmschaffenden oder Preisträger:innen institutionelle Konsequenzen nach sich ziehen sollen, entsteht der Eindruck eines politischen Drucks auf kulturelle Räume.

Kunstfreiheit ist kein Privileg, sondern ein verfassungsrechtlich geschütztes Gut. Sie umfasst ausdrücklich auch unbequeme, kontroverse und kritische Positionen. Die Drohung mit strukturellen oder personellen Eingriffen aufgrund politischer Äußerungen gefährdet das Vertrauen in die Unabhängigkeit kultureller Institutionen. Eine solche Entwicklung würde nicht nur die Berlinale betreffen, sondern ein Signal weit über Deutschland hinaus senden – gerade in einer Zeit, in der weltweit zunehmende Einschränkungen der künstlerischen Freiheit zu beobachten sind.

Wir fordern daher eine klare Trennung zwischen politischer Bewertung einzelner Statements und der institutionellen Integrität eines internationalen Filmfestivals. Kritik an Inhalten ist legitim und Teil des demokratischen Diskurses. Politische Einflussnahme auf Personalentscheidungen im Kulturbereich darf jedoch nicht als Reaktion auf künstlerische oder gesellschaftliche Positionierungen erfolgen.

Als Filmschaffende stehen wir für einen offenen Dialog, für Differenzierung und für die Freiheit der Kunst. Wir erwarten von politischen Entscheidungsträgern, diese Grundwerte zu schützen, statt sie durch impliziten Druck zu relativieren. Die Stärke einer demokratischen Gesellschaft zeigt sich darin, dass sie Widerspruch aushält – auch auf der Bühne eines Filmfestivals.

Die Pressemitteilung der AG Dok als PDF zum Download finden Sie hier:

https://www.agdok.de/de_DE/protestnote_weimer_berlinale

26.02.2026

Bund der Filmbüros

<https://www.filmbueros.de/>